



Heike Baehrens
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreismitgliederversammlung der SPD für die Nominierung im Bundestagswahlkreis 263 Göppingen

Montag, 19. Oktober 2020, 19.00 Uhr, Stadthalle Göppingen

Bewerbungsrede (es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Gäste,

es gibt viele, die heute gern gekommen wären, aber aus Vorsicht abgesagt haben. Dafür habe ich großes Verständnis. Umso mehr **freue ich mich, dass Ihr gekommen seid!**

Vorletzten Sonntag wurde hier in der Göppinger Stadtkirche der neue Dekan Hartmut Zweigle in sein Amt eingeführt. Er zitierte unseren früheren Bundespräsident Johannes Rau mit einem Satz, der mich seitdem nicht mehr loslässt:

Politik ist angewandte Liebe zur Welt.

Ja, vielleicht ist das auch ein Grund, warum ich noch einmal für den Bundestag kandidiere. Natürlich liebe ich vor allem meinen Mann, meine Kinder und Enkelkinder. Aber in meiner politischen Arbeit - und das weiß ich auch von Sascha und Peter und Leni - in unserer politischen Arbeit geht es **zuallererst** um **die Menschen**. Für sie sind wir da, mit ihnen sind wir im Gespräch. Wir setzen uns dafür ein, dass das Zusammenleben in unserem Gemeinwesen gelingt, dass niemand außen vor bleibt und alle gute Chancen haben - das ist unser aller Leitmotiv. Darum setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns ein für **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität**.

Und da wühlt es mich auf, wie es jetzt in dieser Pandemie den Menschen hier vor Ort geht. Wer denkt eigentlich gerade an diejenigen, die allein leben, wenn sich nur noch Personen aus zwei verschiedenen Haushalten treffen dürfen? Schon bevor das Virus unser Leben durcheinandergewirbelt hat, war Einsamkeit zu einem Thema geworden, um das wir uns mehr kümmern müssen. Wie mag es denen gehen, die schon **vor** Corona einsam waren oder mit Ängsten leben mussten?

Was macht das mit uns, dass ausgerechnet Gemeinschaftsveranstaltungen ausfallen? Dass das was uns verbindet, was Spaß macht und Lebensfreude ausmacht, aktuell eingeschränkt wird?

Heike Baehrens

Dass ausgerechnet gemeinsames Singen zum Super-Spreader-Ereignis werden kann, Feste und Feiern begrenzt werden?

Als klar war, dass in diesem Sommer das Festival Musik auf Schloss Filseck abgesagt wird, habe ich ein Fb-Live-Gespräch mit dessen musikalischen Leiter Gerald Buß geführt. Einfach klasse, was er mit einigen anderen Musikern auf die Beine gestellt hat, um dennoch Musik in die Stadt zu bringen – auf dem LKW von Pflegeheim zu Pflegeheim z.B. – seine größte Sorge bis heute aber ist: bleiben die Sängerinnen und Sänger bei der Stange, wenn keine Proben mehr stattfinden? Wie gelingt es den Musikvereinen und dem erstklassigen Jugendorchester, Nachwuchs zu gewinnen und diejenigen zu halten, die auf Kontinuität und regelmäßiges gemeinsames Üben angewiesen sind? Gewaltige Herausforderungen auch für den Sport – gemeinsames Training – wo sind die Ziele, auf die hin geprobt und trainiert wird, wenn kein Konzert geplant und kein Wettkampf mehr durchgeführt wird? Ohne Eintrittsgelder oder ehrenamtlich organisierte Bazare wird ganz schnell das Geld knapp in unseren Vereinen.

Ja, wir befinden in uns **in einer einzigartigen Ausnahmesituation**.

Und je länger sie anhält, umso mehr spüren wir die belastenden Folgen der Pandemie, Sorgen, Ängste und Zweifel nehmen zu. Die Maßnahmen und Einschränkungen, die vor allem im Frühjahr ergriffen wurden, waren gewiss beispiellos. Und auch die aktuellen Beschränkungen greifen tief in unseren Alltag ein.

Niemand hier bei uns in Deutschland hatte Vorerfahrungen mit einer solchen Situation. Darum war (und ist) es notwendig, Schritt um Schritt zu entscheiden, und regelmäßig neues Wissen zu integrieren. Wie groß die politische Verantwortung in dieser Ausnahmesituation ist, habe ich vor allem daran erkannt, dass selbst renommierteste Wissenschaftler immer wieder auf die Grenzen ihres Wissens und ihrer Erkenntnis verwiesen haben. Und wenn Fragen kamen, die sie nicht beantworten konnten, dann reagierten sie mit dem Fazit: Da muss die Politik entscheiden. Ja, **Politik muss den Mut zur Entscheidung auch dann haben, wenn vieles noch ungewiss ist**. Und ich finde, ganz schlecht haben wir das in Deutschland nicht gemacht!

Es gab eine breite politische und gesellschaftliche Debatte, ein öffentliches Abwägen von Ziel und Wirkung. Kritik und Zweifel wurden innerhalb der Regierung, der Fraktionen, der Parteien, der Zivilgesellschaft frei geäußert und intensiv debattiert. Verschiedene Handlungswege werden medial teilweise hitzig diskutiert. Weder zögerliche Entscheidungen noch entschlossenes Vorantreiben schützen vor Kritik. Gerichte revidierten Verordnungen oder ließen sie nach Prüfung zu, Demonstrationen sind auch unter schwierigen Umständen möglich. Aber ich denke, es ist

Heike Baehrens

jetzt an der Zeit, die **Kleinstaaterei** zu **beenden**, die derzeit in der Bund-Länder-Abstimmung zu teilweise kuriosen und widersprüchlichen Botschaften führt! Die **Entscheidung über die weiteren Einschränkungen und Regeln muss wieder ins Parlament** zurückgeholt werden!

Einige der Maßnahmen, die wir getroffen haben, werden sich im Rückblick als wirksamer herausstellen als andere. Aber gerade das ist die Stärke unserer offenen Demokratie, dass über unterschiedliche Wege diskutiert, dass über Vor- und Nachteile von Maßnahmen gestritten werden kann. Ja, in der Demokratie ist es möglich, Fehler und Erfolge ehrlich zu benennen und Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Die Coronakrise hat die Demokratie nicht gefährdet, sondern ihre **Handlungsfähigkeit in schweren Zeiten** beeindruckend unter Beweis gestellt.

Deshalb lasst uns auch jetzt, wo die Infektionszahlen sprunghaft steigen, weiter um den richtigen Weg ringen, wie wir die Coronakrise bewältigen und welche Werte und Grundsätze unsere Politik jetzt und in Zukunft leiten sollen. Und lasst uns dabei **ganz bewusst für die Soziale Demokratie** einstehen.

Wir haben in den letzten Monaten gezeigt, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen, wenn es darum geht, uns gegenseitig zu schützen. Wir alle haben erlebt, wie es in den ersten Wochen der Coronakrise zu einer großen Welle der Solidarität gekommen ist. Und ich bin begeistert, wie unsere **Jusos** die Initiative ergriffen und einen **Einkaufsdienst** aufgebaut haben, um diejenigen zu versorgen, die nicht mehr selbst zum Einkaufen gehen können. Während der ersten Phase waren sie im Einsatz und sind jetzt auch wieder bereit loszulegen, um kranke und ältere Mitbürger zu unterstützen. Ganz herzlich möchte ich mich für diese gelebte Solidarität bei Max, Mathias, Jonas und Ardian vom Organisationsteam bedanken.

Eine Situation wie im Frühjahr wird es in unserem Land aller Voraussicht nach so nicht mehr geben. Wir sind besser vorbereitet, wissen inzwischen viel mehr und haben unsere Prioritäten angepasst. Bald wird es auch Schnelltests geben, die viel unaufwändiger zum Einsatz kommen. Damit kann regelmäßig in Pflegeeinrichtungen und -diensten getestet werden, um auch besonders verletzlichen Menschen Kontakt zu ihren Familien zu ermöglichen. Die **pauschale Schließung von Pflegeheimen oder Tagespflegen darf es nicht noch einmal geben**. Denn Menschen können auch an Einsamkeit sterben, nicht nur an einer Virusinfektion!

Wie wichtig es ist, Kindern und Jugendlichen weiter Kitabesuche und Schulunterricht zu ermöglichen, ist inzwischen im öffentlichen Bewusstsein angekommen. Denn Kinder und Jugendliche

Heike Baehrens

haben ein Recht auf Bildung, sie brauchen gleiche Zugangschancen und auch die Gemeinschaft mit anderen Kindern. Da haben sich in dieser Krise Abgründe aufgetan.

Das **Jugendwort des Jahres 2020** lautet übrigens „Lost“. Es wurde erstmals von Jugendlichen selbst bei einer Online-Befragung vom Langenscheidt-Verlag ausgewählt und letzten Donnerstag veröffentlicht. Lost - ein englisches Wort, das wörtlich zu übersetzen ist mit: „verloren“. In der Jugendsprache ist damit jemand gemeint, der ahnungslos, unsicher oder unentschlossen ist. Auch wenn diese Art von Jugendsprache vielleicht nicht allzu ernst gemeint ist, sollte es uns doch nachdenklich machen, wenn junge Leute „lost“ zum Jugendwort in diesem Coronajahr gewählt haben.

Denn vor lauter Aufmerksamkeit auf die Risikogruppen, also auf jene, die besonders stark erkranken können, haben wir zumindest zeitweise völlig aus dem Blick verloren, wie es Kindern und Jugendlichen geht. Erst spät wurden neben den Virologen und Epidemiologen auch die Soziologen und Pädagogen zu Rate gezogen. Und ich habe es selbst im Umgang mit meinen Enkelkindern gespürt, wie verunsichert sie waren über die permanente Berichterstattung in Radio und Fernsehen im Frühjahr, dass man Abstand halten solle von den Großeltern. Um die Älteren zu schützen wurden Kinder behandelt, als wären sie Virenschleudern. Da kann man sich schon verloren fühlen.

Darum habe ich vor kurzem auch in einem Interview bei Phönix dafür geworben, **mit Jugendlichen direkt zu sprechen**, sie mit einzubeziehen, wenn es um Schutzkonzepte geht. Und sie nicht abzustempeln mit Begriffen wie Partyszene u.a. Simon Marian Hoffmann, der junge Filmemacher aus Adelberg, ist einer von denen, die sich Gehör verschaffen können. Er hat mit anderen gemeinsam die „Demokratische Stimme der Jugend“ gegründet. Auf solche Stimmen müssen wir hören und Institutionen wie die Stadtjugendringe, den Kreisjugendring und Schülervertretungen ernsthaft mit einbeziehen, wenn darüber nachgedacht wird, wie wir mit dem Coronavirus durch den Herbst und Winter kommen können.

Alle Generationen, unterschiedliche Lebenswirklichkeiten müssen mitgedacht werden. Und ganz besonders junge Menschen, wenn es um die **Herausforderungen der Zukunft** geht.

Im Gespräch mit den AktivistInnen von **Fridays for Future** auf der Marktstraße und bei vielen anderen Gelegenheiten kamen genau solche Fragen: Warum könnt Ihr nicht ebenso konsequent beim Klimaschutz handeln wie jetzt in der Coronakrise? Es geht doch um **unsere Zukunft!**

Heike Baehrens

Ja, sie haben Recht: Ihre bohrenden Fragen und ihre Ungeduld sind absolut berechtigt. Der **Klimawandel** ist real, er ist so real, dass wir ihn auch bei uns im Landkreis spüren. So erzählten mir zwei junge Obstbauern bei meinem Besuch auf einer Obstwiese in Schlat, dass die Zwetschgen nun bereits seit mehreren Jahren in Folge um Wochen früher geerntet werden müssen – der über viele Generationen gleichgebliebene Reifezeitpunkt verschiebt sich nun Jahr für Jahr. Bald müsse man beginnen, Bewässerungsanlagen zu bauen.

Mir kommt da eine Geschichte in den Sinn. Sie handelt von einem **Frosch im Wassertopf**. Vielleicht kennt Ihr sie.

Wird ein Frosch in siedendes Wasser geworfen, springt er sofort heraus. Wird er hingegen in einen Topf mit kaltem Wasser gesetzt, das langsam zum Kochen kommt, versucht er nicht zu flüchten, weil er die Temperaturveränderung kaum spürt – bis es irgendwann zu spät für ihn ist.

Natürlich ist das **nur eine Parabel** und wahrscheinlich springt der Frosch immer aus dem Topf. Trotzdem steckt eine Wahrheit darin: Veränderungen (zum Schlechten) werden ganz bereitwillig hingenommen, wenn sie sich nur langsam genug vollziehen. Erst am Siedepunkt merken wir, dass sich etwas gravierend verändert hat. Dass dringend gehandelt werden muss.

Nun, ich denke uns allen ist klar, dass wir beim Klimawandel nicht bis zum „Siedepunkt“ warten dürfen. Die **Erderwärmung muss gestoppt werden**, sehr schnell und sehr konsequent. Das hat Ernst Ulrich von Weizsäcker beim 10-jährigen Jubiläum der Energieagentur allen Verantwortlichen hier im Landkreis Göppingen mit eindrücklichen Bildern und Worten ans Herz gelegt. Und er hat erinnert, dass es Sozialdemokraten waren, die den damaligen Kanzler Gerhard Schröder davon überzeugt haben, dass Deutschland ein Erneuerbare-Energien-Gesetz braucht. Es waren also nicht die Grünen, sondern es waren **sozialdemokratische Ökologen**, die diesen wichtigen Schritt zur CO₂-Reduzierung auf den Weg gebracht haben – Hermann Scheer und Ernst-Ulrich von Weizsäcker.

Und es ist noch immer so: **wir** als Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die SPD-Bundestagsfraktion **stehen ohne Wenn und Aber zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens**, das überhaupt nur durch unsere Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zustande gekommen ist! Darum ist doch klar, dass wir auf diese Ziele beharrlich hinarbeiten, indem wir konkrete Maßnahmen vorantreiben. Darum haben wir in dieser Legislaturperiode für zwei entscheidende Weichenstellungen gesorgt. Mit dem **Klimaschutzgesetz** und dem **Kohleausstiegsgesetz** haben wir verbindliche Maßnahmen und Prozessschritte beschlossen, um die angestrebten Klimaziele erreichen zu können und die Erderwärmung zu stoppen.

Heike Baehrens

Ich verstehe gut, dass die Fridays for Future-Bewegung sich noch weitreichendere Maßnahmen wünscht. Aber deshalb diesen Gesetzen gar nicht zuzustimmen, wie sie es gefordert haben, wäre absolut unverantwortlich gewesen. Und jede nachfolgende Regierung hat die Möglichkeit, weiter nachzuschärfen. Die Wahrheit ist im Übrigen: In beiden Gesetzen ist deutlich mehr Klima- und Umweltschutz enthalten, als es die Grünen in den Jamaika-Verhandlungen erreicht hatten.

Im Ergebnis wird Deutschland **als erste hoch technologisierte Industrienation gleichzeitig aus Atom- und Kohleenergie aussteigen**. Das bleibt herausfordernd, denn wir wollen keine Deindustrialisierung wie in Großbritannien – mit all ihren gravierenden Folgen für die Arbeiterschaft. Gerade in unserem Landkreis erleben wir, wie wichtig eine industrielle Basis für die wirtschaftliche Entwicklung einer ganzen Region ist. Deshalb werden wir als SPD hier eines bleiben – und da zitiere ich Willy Brandt – „die Partei des donnernden Sowohl-als-auch“: Wir stehen für eine aktive Industriepolitik **und** für konsequenten Klimaschutz!

Wie groß die vielfältigen **Chancen im Umstieg auf erneuerbare Energien** sind, konnte ich gemeinsam mit Udo Rössler und Achim Bressmer bei einem spannenden Besuch in Süßen beim Start-Up-Unternehmen e361Grad sehen. Sie haben sich darauf spezialisiert, deutschlandweit die E-Mobilität durch den integrierten Aufbau von herstellerneutraler Ladeinfrastruktur voranzubringen - ein erfolgreiches und echt schwäbisches Startup.

Lasst mich noch einmal auf die Parabel vom Frosch zurückkommen: Vielleicht ist ja auch die Corona-Pandemie so ein Siedepunkt!?! Ihr Ausbruch und ihre einschneidenden Folgen führen uns deutlich vor Augen, dass wir **Globalisierung** viel stärker als bisher auch **unter dem Vorzeichen von Gesundheit denken** müssen. Dass die Hälfte der Weltbevölkerung keinen Zugang zu einer ausreichenden und bezahlbaren Gesundheitsversorgung hat, unter mangelhaften Hygienebedingungen leben muss, an humanitärer Not, Krieg oder Flucht leidet, haben wir lange hingenommen. Diese Menschen sind durch das Coronavirus, aber auch durch andere Infektionskrankheiten, am stärksten gefährdet. Darum ist es höchste Zeit, Gesundheitspolitik nicht nur als nationale Aufgabe zu begreifen, sondern globale Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Das Wasser wird immer wärmer, um das Bild der Geschichte aufzugreifen.

Darum habe ich am Ende der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit Edelgard Bulmahn darauf hingewirkt, dass wir nach der BTW einen Ausschuss bilden, mit dem wir das Thema politikfeldübergreifend angehen. Als Vorsitzende des neu gebildeten Ausschuss für **Globale Gesundheit**

Heike Baehrens

setze ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen dafür ein, internationale Kooperationen und strategische Partnerschaften im Bereich globale Gesundheit auszubauen, Gesundheitssysteme weltweit zu stärken, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern und damit die ungleiche Verteilung von Gesundheits- und Lebenschancen von Menschen durch politische Gestaltung zu verbessern.

Ihr könnt Euch vorstellen, auch hier ist es wichtig – wie auch schon bei den Pflege Themen, die ich als **Pflegebeauftragte der Fraktion** bearbeite -, einen **langen Atem zu haben**: Was uns – und zwar weltweit – krank macht, ist nicht nur ein Virus. Auch der Klimawandel macht krank, schlechte Arbeitsbedingungen machen krank, fehlende Bildung macht krank. Unsere Aufgabe als Gesundheitspolitiker*innen ist es, dafür zu kämpfen, dass Gesundheit auch in den anderen Politikbereichen mitgedacht wird: Dass die Bundesregierung Gesundheitsschutz und -förderung im Blick hat in der Umwelt-, Verkehrs- oder Landwirtschaftspolitik und dass sie Außen- und Entwicklungspolitik macht, die Gesundheit auch in den Ländern des globalen Südens fördert. Es passt doch einfach nicht zusammen, dass im 21. Jahrhundert bei uns billige Lebensmittel unter völlig unzumutbaren Bedingungen für Landwirte, Schlachthofmitarbeiter und Tiere produziert werden, während im Südsudan, Äthiopien oder Malawi Menschen vom nackten Hungertod bedroht sind. Subventionen bei uns machen anderswo die Märkte kaputt.

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Sie darf nicht von Geburtsort, Bildungsniveau oder Einkommen abhängen. Politisches Handeln muss darauf ausgerichtet sein, dass dieses Menschenrecht überall eingelöst werden kann.

„**Gesundes Leben und Wohlergehen für alle**“ – so lautet das 3. Ziel (SDG 3) der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen, die bis 2030 erreicht sein sollen. Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, das höchstmögliche Maß an Gesundheit zu erreichen. Das ist nicht nur **aus humanitärer Sicht notwendig**, sondern auch **volkswirtschaftlich vernünftig**. Denn Gesundheit ist die Grundlage jeglicher Entwicklung. Staaten mit einer gesunden Bevölkerung erzielen eine größere Wirtschaftskraft; Menschen können unter dieser Voraussetzung ihre Talente und Fähigkeiten besser zum Nutzen aller entfalten. Gerade jetzt, in der Pandemie erleben wir es hautnah, wie eine Gesundheitskrise weltweit auch zur Wirtschaftskrise wird.

In den Nachhaltigkeitszielen der VN geht es um **zentrale globale Gerechtigkeitsfragen** und eine gute Zukunft für die kommenden Generationen. Fragen also, die uns SozialdemokratInnen schon immer besonders bewegen und für die wir die richtigen Antworten haben. Denn die Idee einer

Heike Baehrens

besseren Welt war immer eine sozialdemokratische! (nicht erst seit Willy Brandts Nord-Süd-Kommission und Erhard Eppler)

Mir ist es wichtig, dass solche Ziele für uns alle konkret und anschaulich werden, damit wir sie verfolgen und in unseren Alltag integrieren können. Darum habe ich in den vergangenen Monaten im Rahmen meiner **Nachhaltigkeits-Tour** hier bei uns im Landkreis unter dem Motto „**17 Ziele - 17 Orte**“ tolle Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern gehabt und Gespräche in Unternehmen geführt, die Mut machen.

Das Ziel 12 bspw. soll nachhaltigen Konsum fördern. Darüber habe ich mich im ersten **Unverpacktladen** im Landkreis Göppingen Tante Nellis **in Eislingen** informiert. Dort werden Produkte ohne Verpackung verkauft, was jede Menge Plastikmüll vermeidet. Oder die **Stadtentwässerung Göppingen**. Diese leistet mit ihrem Pilotprojekt Phosphorrückgewinnung einen wichtigen Beitrag zum Ziel 6 Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen. Einige Termine mussten leider coronabedingt ausfallen oder wurden ins Netz verlegt. Ich freue mich trotzdem schon auf die noch offenen 6 Orte.

Konsequent dran bleiben an Themen und **für Problemlösung sorgen**, das ist mir wichtig und das prägt meine Arbeit als Abgeordnete. Ganz besonders bei dem Thema, dass seit Beginn meines Mandates den Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ausmacht: die Pflegepolitik. Ich werde mich hüten, jetzt aufzuzählen, was wir in diesem Bereich alles auf den Weg gebracht haben. Aber auch in dieser Legislaturperiode haben wir wieder wichtige Weichenstellungen für die Pflege vorgenommen. Und mit den nun vorliegenden Ergebnissen der „Konzertierten Aktion Pflege“ haben wir auch einen **Fahrplan für weitere Reformschritte**, die wir zum Teil noch dieses Jahr auf den Weg bringen wollen.

Aber an zwei Themen will ich erläutern, wie wichtig es ist, Ziele beharrlich zu verfolgen und einen langen Atem zu haben.

Beispiel Zeisler / Kurzzeitpflege - von der Bürgersprechstunde zum Bundesgesetz.

Viele Gespräche im Wahlkreis: „**Kurzzeitpflege für Jüngere**“, schon in der letzten WP, **Rechtsanspruch** (für nicht Pflegebedürftige) im SGB V **verankert** (=Krankenversicherung übernimmt wesentlichen Teil der Kosten), Thema kontinuierlich weiter verfolgt, in dieser Wahlperiode: Gespräche mit AOK und den Vinzenzklinden in Bad Ditzingen, Pilotprojekt rehabilitative Kurzzeitpflege im Aufbau, das aus Mitteln des Innovationsfonds gefördert wird.

Heike Baehrens

→ in 2019 Koalitionspartner ins Boot geholt, **Koa-Antrag zur Kurzzeitpflege im Bundestag beschlossen** (der über die Vereinbarung im Koa-Vertrag deutlich hinausgeht), Gesetzliche Umsetzung in Vorbereitung. Mein größter Wunsch: dass die erste echte „Kurzzeitpflege für Jüngere“ in unserem Landkreis aufgebaut wird – darauf arbeite ich weiter hin!

Wichtigstes Thema und großer Erfolg: **Bezahlung nach Tarifen** = Anerkennung bei Pflegesatzverhandlungen „nicht unwirtschaftlich“

→ schon 2015 im SGB XI verankert, dann SGB V (Häusliche Krankenpflege) und seit 2020 bei der Pflege im Krankenhaus (Pflegebudget herausgelöst aus den Fallpauschalen, volle Refinanzierung) und auch in der Rehabilitation (IPREG!)

→ „langer Atem“ hat sich ausgezahlt, selbst Spahn hat jetzt begriffen: Pflege braucht Tarifgehälter

→ „Standing“/ Vertrauen jetzt weiter nutzen, um in der Pflege noch mehr zu bewegen

Ausblick Pflege: wir müssen sie solidarisch finanzieren

Wer es ehrlich meint mit der Generationengerechtigkeit in der Pflege, wer eine ehrliche Pflegedebatte will, der muss sich klar dazu bekennen, dass die Pflege solidarischer finanziert werden muss. Denn alle Menschen haben ein **Recht auf würdevolle Pflege** – egal, welchen sozialen, beruflichen, finanziellen Hintergrund sie haben.

Das Doppelsystem in der Pflegeversicherung hat ausgedient. Wir brauchen eine soziale Pflegeversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen und die so leistungsfähig ist, dass niemand mehr Angst haben muss, mit den Kosten für die Pflege überfordert zu werden! Darum müssen die Eigenanteile für die Pflegebedürftigen begrenzt und die steigenden Kosten solidarisch von der Pflegeversicherung übernommen werden.

- 9 Mrd. € schmoren im sogenannten Pflegevorsorgefonds und jährlich kommen 1,4 Mrd. € dazu.
- die Private Pflegeversicherung hat über 37 Mrd. € Rücklagen

Da gibt es ausreichend Handlungsspielraum für eine gute Zukunft der Pflege!

Die Pflegebürgerversicherung muss kommen!

Eine private Pflege-Zusatzversicherung, wie sie aus Kreisen der CDU gefordert wird, kann keine Antwort sein. Sie wäre eine verdeckte Beitragserhöhung – was für ein Taschenspielertrick – und würde gerade jene stark belasten, die niedrige Einkommen haben.

Wie war das noch mit dem letzten Versuchsballon der FDP zur privaten Pflegevorsorge? Das war ein Flop. Und wohin wechselte der Kurzzeit-Gesundheitsminister der FDP? Natürlich zu einem

Heike Baehrens

der größten Anbieter der Pflege-Bahr-Policen... Nein, nein, auf solche Klientelpolitik für Versicherer werden wir als SPD uns nicht einlassen!

Ja, immer wenn es um **Gerechtigkeit** geht, da scheiden sich die Geister im Deutschen Bundestag. Von daher zweifle ich, dass wirklich alle den Satz von Johannes Rau unterschreiben würden: **Politik ist angewandte Liebe zur Welt.**

Seit es sechs Fraktionen im Bundestag gibt, werden die Unterschiede im Auftreten, in den Wertgrundlagen und Zielen doch sehr viel deutlicher sichtbar.

Bei der sogenannten AFD gibt es gewiss **keine** Liebe für die Welt. Wenn man ihre Reden zu Themen wie Flucht, globale Gesundheit oder Entwicklungspolitik hört, dann wird klar, dass sie nicht einmal Respekt vor dem Leben der anderen haben. Nein, ihre Reden sind ganz oft rassistisch und menschenverachtend. Wer mit dubiosen Russlandverbindungen, Spendenskandalen und Steuerhinterziehung auffällt und sich nicht von rechtsextremistischen und neonazistischen Kreisen abgrenzt, wird weiter aushalten müssen, dass wir aus ihren Reihen niemand für die Repräsentation unseres Landes wählen. Es ist befremdlich, wie einige AfD-Abgeordnete und etliche ihrer Mitarbeiter weiterhin Aggressivität in den Gängen und Sälen des hohen Hauses verbreiten, wie sie in ihren Reden noch immer Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und das Grundgesetz in Frage stellen. Das schadet der demokratischen Kultur in unserem Land, die von überparteilicher Zusammenarbeit, Kollegialität und Respekt vor den demokratischen Regeln geprägt war. Darum werde ich auch weiterhin meine Stimme keinem AfD-Kandidaten für das Amt eines BT-Vizepräsidenten geben.

Bei den Liberalen weiß man nicht recht, ob Thüringen wirklich ein Ausrutscher war? Im Bundestag erhalten jedenfalls einige ihrer Redner und auch Christian Lindner relativ viel Beifall von rechter Seite, wenn sie die Freiheit des Einzelnen und die unternehmerische Freiheit beschwören gegenüber der Verantwortung für das Gemeinwohl.

Nun, es gibt viele gewichtige Gründe, **warum es eine starke Sozialdemokratie** in unserem Land **braucht!** Und das hat sich auch in der ungeliebten großen Koalition und ganz besonders in der aktuellen Krise gezeigt!

Ich will das jetzt nicht alles aufzählen – Ihr seid gut informiert (Etablierung eines Sozialen Arbeitsmarktes, Wiederherstellung der Beitragsparität in der Krankenversicherung, Fachkräfteeinwanderungsgesetz)

Heike Baehrens

Was ich aber unbedingt ansprechen will: Dass es gelungen ist, bisher so viele Menschen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes zu schützen, liegt vor allem daran, weil das von Sozialdemokraten entwickelte und bereits bewährte Instrument der Kurzarbeit rasch und unbürokratisch eingesetzt werden konnte. Wir SozialdemokratInnen haben dafür gesorgt, dass das Kurzarbeitergeld aufgestockt wird, damit Familien nicht in existenzielle Notlagen kommen. Und wir haben dafür gekämpft, dass die Kurzarbeiterregelung ins nächste Jahr verlängert wird. Das gibt **vielen Betrieben** die Kraft zum Durchhalten und **vielen ArbeitnehmerInnen** die Perspektive, ihren Arbeitsplatz behalten zu können. Ein gutes Signal für die Zukunft unseres Landes!

Ich mag mir gar nicht vorstellen, wie wir mit einer Jamaika-Koalition durch die letzten Monate gekommen wären!

Soziale Sicherheit, Respekt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Mitbestimmung und Tarifbindung – das gibt es nur mit der SPD! Darauf können sich unsere Wählerinnen und Wähler verlassen!

Und für weitergehende Ziele – wie z.B. eine solidarische Bürgerversicherung, die Stärkung von Tarifbindung und Tarifautonomie, die gerechte Besteuerung von Erbschaften und Vermögen – brauchen wir andere Bündnispartner. Aber noch viel mehr brauchen wir dafür eine **starke SPD**, die in Bund und Land an Vertrauen und Stimmen gewinnt!

Als SPD brauchen wir da klare Botschaften. Und wir brauchen ganz viele, die anschaulich erzählen können, wofür wir stehen und was wir erreicht haben. **Tue Gutes und rede darüber** – in diesem Sinn will ich Euch ermuntern, über die vielen sozialdemokratischen Erfolge in dieser Regierung auch wirklich zu sprechen!

Da können wir auf allen Ebenen besser werden. Und wir sollten mehr aufpassen, dass wir uns nicht von den Konservativen in die Falle der Sprachverwirrung locken lassen: Die „Lebensleistungsrente“ zum Beispiel. Da gab es in deren Konzept im Schnitt gerade mal 5 € mehr Rente für die Leistung im Leben...Darum haben wir aus inhaltlich guten Gründen dagegen gewettert. Nur haben wir nicht gegen die „Billigrente der CDU“ gewettert, sondern gegen die „Lebensleistungsrente“. Heraus kam in den Köpfen der Menschen im Land nicht, dass wir einen Skandal aufdeckten, sondern dass wir gegen die Lebensleistung sind. Ganz, ganz toll gemacht! (Erik Flügge)
Und jetzt setze ich noch eins drauf: Wisst Ihr, welches das Wort des Jahres 2019 war?

Heike Baehrens

Noch vor „Rollerchaos“ und vor „Fridays for Future“ wurde der Begriff Respektrente von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2019 gekürt. Ein Wort, das von unserem Arbeitsminister Hubertus Heil geprägt wurde, und das dafür steht, dass Menschen, die mehr als 35 Jahre gearbeitet haben, deutlich mehr Rente bekommen werden...

Warum reden wir nur über Grundrente? Warum tun wir nicht alles dafür, dass die Respektrente im Bewusstsein unseres Landes bleibt? Dass dieser positiv empfundene Begriff – Wort des Jahres 2019! -verbunden wird mit uns als SPD? Ja, genau um Respekt vor der Lebensleistung von Menschen geht es, wenn wir für eine gute Rente kämpfen.

Das gibt es nur mit der SPD. Darum braucht es auch für die Zukunft eine starke SPD, wir brauchen wieder eine größere SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und mehr Selbstbewusstsein für das, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Land und für die Menschen leisten!

Das Beispiel der Respektrente zeigt auch, dass es nicht stimmt, wenn manche behaupten, die **Koalitionsfraktionen** seien kaum noch **unterscheidbar**. Gerade an dieser Debatte wurde für alle sichtbar, was sozialdemokratische Politik ausmacht: Wir wollen Menschen in ihrer Rechtsstellung stärken und sie nicht auf soziale Leistungen verweisen. Denn nicht Bedürftigkeit ist Voraussetzung für Rentenbezug, sondern konkrete Versicherungszeiten und die Anerkennung von Lebensleistung. Die **Respektrente ist ein sozialpolitischer Meilenstein!**

Nehmt Euch einmal die Zeit, eine ganze Plenardebatte im Fernsehen zu verfolgen. Da werdet Ihr staunen, wie groß die **Unterschiede zwischen der Union und uns** sind. Allein bei den lebhaften Diskussionen zur Finanzierung der Pflege, die ich momentan an vielen Stellen führe, kann von einem Mangel an Differenzen kaum die Rede sein. Unsere Politik, unsere Ideen und Forderungen für die Zukunft sind klar erkennbar sozialdemokratisch – im Fall der Pflege zum Beispiel gute tarifliche Bezahlung, finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, eine solidarische Pflegebürgerversicherung und die Begrenzung des Renditestrebens in der Pflege.

Wir als SPD stehen für einen starken Sozialstaat, für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge und für eine solidarische Gesellschaft, die den Starken mehr abverlangt als den Schwachen. Darum haben wir den Soli für 90%

Heike Baehrens

der Steuerzahler abgeschafft und dafür gesorgt, dass Menschen mit hohen Einkommen weiterhin einen höheren Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Ausgang **Bundestagswahl 2021 ist völlig offen** – Kanzlerin Merkel tritt nicht mehr an, die CDU wählt einen neuen Vorsitzenden und muss sich erst danach mit der CSU über die Kanzlerkandidatur verständigen, die GRÜNEN sind unentschieden, ob sie überhaupt für die Kanzlerschaft antreten wollen und wenn, dann wer? Habeck oder Baerbock? Da haben wir keine schlechte Ausgangssituation!

Wir haben den Parteivorsitz in einem breit angelegten Mitgliederprozess geklärt. Und die neue Doppelspitze Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans hat in enger Abstimmung mit dem Vizekanzler und dem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich die **Kanzlerkandidatur von Olaf Scholz** Mitte August auf den Weg gebracht. Sie wurde **im Parteivorstand einstimmig beschlossen**. Was für ein Signal! In großer Einigkeit werben seitdem alle vier dafür, **als geschlossene Partei in den Wahlkampf** zu gehen. Olaf hat schon bei vielen Gelegenheiten und in Interviews sein Zukunftsprogramm für die 20-er-Jahre skizziert und deutlich gemacht, dass wir als SPD den Anspruch haben, **stärkste Kraft in einem neuen Bündnis** zu werden.

Jetzt kommt alles darauf an, dass dieses Vorhaben gelingt. Dafür braucht es nicht nur an der Parteispitze, sondern in allen Gliederungen der Partei, den unbedingten Willen, gewinnen zu wollen! **Jede und jeder einzelne von uns wird da gebraucht!**

Denn jetzt kommt es darauf an, dass wir den **Respekt und die Solidarität**, für die wir politisch einstehen, **innerparteilich leben!** Natürlich müssen wir inhaltlich streiten und um den besten Weg ringen. Aber es darf nicht mehr jede inhaltliche Auseinandersetzung reflexhaft auf beliebigen Plattformen in die Öffentlichkeit getragen werden. Das gemeinsame Ziel einer gerechteren und nachhaltigen Gesellschaft, die Fortschritt mit sozialer Sicherheit zu verbinden weiß, sollte stets sichtbarer sein als der interne Streit um den richtigen Weg dorthin. Denn es hat sich doch gezeigt: Parteien, die innerlich zerstritten sind, werden vom Wähler abgestraft. Und gerade wir, die wir im Kern unserer politischen Arbeit auf Zusammenhalt und Solidarität setzen, sollten das nach außen hin vermitteln, indem wir es vorleben!

Auch wir **hier im Landkreis Göppingen** mussten bei den vergangenen Wahlen Federn lassen. Doch haben wir uns dadurch nicht unterkriegen lassen. Gemeinsam mit Sascha und Peter als un-

Heike Baehrens

seren Landtagsabgeordneten, mit einem gut geführten Kreisverband, unserer engagierten Kreisvorsitzenden, die bei der Landtagswahl im März antritt, mit einer nach wie vor starken Kreistagsfraktion, mit engagierten Stadt- und Gemeinderäten und einem SPD-Bürgerbüro, das offen ist für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, sind wir **gut aufgestellt**. Das sind wir auch deshalb, weil wir hier im Landkreis gemeinsam und als starke Persönlichkeiten geschlossen auftreten. Lasst uns in diesem Sinne weiter kämpfen für die Ziele und Werte der Sozialdemokratie. Denn wir werden gebraucht als Volkspartei, die es versteht, verschiedene Interessen zu vereinen und Lösungen zu finden und umzusetzen, die unsere **Gesellschaft als Ganzes im Blick** haben. Gemeinsam mit Euch möchte ich im kommenden Jahr einen engagierten Wahlkampf führen für mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land und für Freiheit und Frieden in der Welt.

Dafür werbe ich um Eure Stimme.